

Arbeitern, die ihnen noch angehören, weil sie ihre Klassenlage noch nicht begriffen haben? Erfolgt die Einziehung der Beiträge, die Beratung der Vereins- oder Parteiangelegenheiten nicht auch bei den Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften und bei den bürgerlichen Parteien in Lokalen, in denen etwas verzehrt werden muß, oder, um mit den Verfassern der zitierten Ergüsse zu reden, in »Parteibudiken«? Oder soll das Recht zur beruflichen oder politischen Organisation nur derjenige haben, der es sich leisten kann, die mit ihr verbundenen Lasten ohne fühlbare Opfer zu tragen?

Uns scheint, als liefen die hämischen Bemerkungen gerade auf das Letztere hinaus. Man will die Arbeiter durch Vorrechnung der »ungeheuren Belastung«, der sie durch Gewerkschaften und Partei ausgesetzt sein sollen, graulich machen. Unter dem Deckmantel des um den Verdienst des Arbeiters besorgten Freundes will man ihn abhalten und warnen, sich mit seinen Klassengenossen zu verbinden, um ihm dann um so leichter das Fell über die Ohren ziehen zu können! Und in diesem Bestreben ist sich das gesamte Bürgertum vom konservativen Großgrundbesitzer bis zum freisinnigen Fabrikanten einig.

Weshalb organisieren wir uns denn in unseren Gewerkschaften? Um uns das zu erkämpfen, was uns vorenthalten wird: höhere Löhne, kürzere Arbeitszeiten, durch die uns erst die Teilnahme an den kulturellen Errungenschaften, an den Gütern des Lebens möglich wird. Weil der Einzelne ohnmächtig ist dem wirtschaftlich starken Unternehmer gegenüber, wollen wir *gemeinsam* durch unsere Organisation ein menschenwürdiges Dasein erringen, indem wir den Kapitalismus zwingen, uns einen höheren Teil des aus uns herausgepreßten Mehrwerts zukommen zu lassen als bisher. Aus diesem Umstande erklärt sich die Hetze gegen unsere Organisationen, von der die zitierten Ergüsse nur eine neue Probe sind. Wir wollen uns aber ferner durch unsere Verbände gegenseitig versichern, brüderlich über die schweren Zeiten der Arbeitslosigkeit, Krankheit und Invalidität hinweghelfen, weil wir wissen, daß die »volle Kompottschüssel« ein Phantasiegebilde in den Köpfen solcher Leute ist, die unsere staatliche Arbeiterschutzgesetzgebung nur dem Namen nach kennen. Wenn wir »versorgt sind bis ins hohe Alter«, dann sind wir es nur durch Selbsthilfe in Form der gegenseitigen Versicherung in unseren Verbänden. Die Gewerkschaftssteuern, denen sogar von dem national-liberalen Handbuch »trotz ihrer enormen Höhe eine Art Berechtigung« nicht abgesprochen wird, »da sie ja, wenigstens im Prinzip, zur Förderung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter dienen sollen«, dienen also *tatsächlich* diesem Zweck.

Es sei nur nebenbei bemerkt, daß trotz dieser hohen, kulturellen Aufgaben und Ziele die Ausgaben, die der Arbeiter für die Gewerkschaften hat, noch lange nicht so hoch sind, wie der Rechenkünstler vorzutäuschen sucht. Von seiner tendenziösen Uebertreibung scheint er übrigens selbst überzeugt zu sein. Wie könnte er sonst die wöchentlichen Durchschnittsausgaben zu guterletzt »mit Einschluß der Vergnügungen« nur in Höhe von 1 Mk. annehmen, nachdem er kurz vorher gesagt hat, daß die gesamten Abgaben der Gewerkschaftsmitglieder an ihren Verband unter »gleichzeitiger Berücksichtigung des Aufwandes für gesellige Veranstaltungen« von einer Seite auf 2 Mk. berechnet worden sind, *was sicher nicht zu hoch sei!* Wahrscheinlich hat ihn doch das böse Gewissen geplagt.

Übrigens verdient noch einmal hervorgehoben zu werden, daß die zitierten Ausführungen die Angehörigen der christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften in demselben Maße angehen wie die freien. So erheben z. B. die Christlichen nach dem amtlichen »Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich pro 1907« Eintrittsgelder von 20 Pf. bis 2 Mk., während die regelmäßigen Beiträge im Durchschnitt kaum geringer sind als bei uns. Es müßten also

auch diese Gewerkschaften das Spiel ihrer politischen Freunde, durch fadenscheinige Rechenmanöver vor der gewerkschaftlichen Organisation überhaupt graulich zu machen, um die Arbeiter der kapitalistischen Ausbeutung um so schutzloser preiszugeben, durchschauen und sich für eine solche Freundschaft bedanken. —

Übrigens wollen wir den famosen Rechenkunststückchen gegenüber eine Gegenrechnung aufmachen, die sich von ersterer dadurch vorteilhaft unterscheidet, daß sie auf Tatsachen beruht. Das Handbuch bezeichnet Einkommen von weniger als 900 Mk. in Preußen als steuerfrei und sagt damit eine bewußte Unwahrheit. Denn noch im Dezember 1906 berechnete die »Nordd. Allg. Zeitung« die indirekten und direkten Abgaben der einkommensteuerfreien Bevölkerung, also derjenigen mit weniger als 900 Mk. Jahreseinkommen, pro Kopf auf 16,64 Mk., für eine Arbeiterfamilie von 5 Köpfen also auf 83,20 Mk., eine Summe, die trotz ihrer kolossalen Höhe als viel zu niedrig nachgewiesen ist. Bei dieser Besteuerung ist aber noch völlig die Preiserhöhung für die agrarischen Erzeugnisse des Inlandes außer Betracht gelassen, die um den Betrag des Zolles teurer geworden sind, der durch die Zollgesetzgebung auf aus dem Ausland eingeführtem Getreide, Fleisch usw. lastet, einer Preiserhöhung, die eine Liebesgabe an die reichen Agrarier aus den Taschen der ärmsten Bevölkerung genannt werden muß! »Wenn im vorigen Jahre der Fleischpreis pro Pfund um 10 Pf. infolge der Zölle und Einfuhrsperrn erhöht wurde, so mußte das Proletariat den Mehrbetrag an die Agrarier entrichten, d. h. pro Kopf (50 Kilo à 20 Pf. mehr) 10 Mk., pro fünfköpfige Familie 50 Mk. mehr«, schrieb der »Vorwärts« zur Illustrierung dieser Tatsache. Gerade die indirekte Besteuerung, die in der Hauptsache die schwachen und schwächsten ebenso und noch mehr belastet wie die tragfähigen Schultern, bringt es ja mit sich, daß man an die 3200 Preußen mit einem Durchschnittseinkommen von je 250000 Mk. pro Jahr nicht die »Zumutung« zu stellen braucht, den für sie lächerlich geringen Satz von 7% als direkte Besteuerung zu den Staatslasten beizutragen. Weil eben in unserem Klassenstaate die Besitzenden geschont werden, müssen die Besitzlosen unter der indirekten Besteuerung bluten, die alles übersteigt, was von ihnen an Gewerkschafts- und Parteibeiträgen *freiwillig* aufgebracht wird.

Und gerade zur Beseitigung dieser haarsträubenden Ungerechtigkeiten bringen ja die Arbeiter freiwillig ihre Opfer, besonders auch für die politische Partei, durch deren Wirken allein dem ungerechten Zustande ein Ende gemacht werden kann. Ihr Einfluß *muß* vergrößert werden! Das kann nur geschehen, wenn *jeder* Arbeiter Opfer bringt. Er tut es für seine eigene Zukunft und für seine Kinder, für Gerechtigkeit, Menschenwürde und Kultur. Das weiß sogar der Herausgeber der antisozialdemokratischen Korrespondenz, der Renegat Max Lorenz, noch, der sich zu den zitierten Auslassungen wie folgt vernehmen läßt:

»Dieser Tage ging durch die Zeitungen eine Berechnung, wonach der sozialdemokratische Arbeiter für Partei- und Gewerkschaftszwecke jährlich etwa 70 Mk. verausgabe, also etwa sieben Prozent des Einkommens, dieses im Durchschnitt auf 1000 Mk. angenommen. Solche Parteisteuer ist in der Tat kolossal. Ich vermag aber daraus nicht den üblichen Schluß zu ziehen, daß der Arbeiter von seinen Führern in unerhörter Weise ausgebeutet werde. Ich stimme überhaupt nicht in das Gerede von den »sich von Arbeitergroßmännern« Führern ein, die den »armen« Arbeiter »ausbeuten«. Wenn jemand innerhalb der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung ausgebeutet wird, sind es viel eher diese Führer, deren Risiko außerordentlich groß und deren Gehälter in Anbetracht der zu leistenden Arbeit nach bürgerlichen Begriffen noch immer ziemlich jämmerlich sind — von wenigen Ausnahmen abgesehen.

Ich meinerseits habe in der Kritik und etwaigen Bekämpfung der Arbeiterbewegung immer darauf verzichtet, bald die Führer gegen die Masse auszuspielen, bald die Masse gegen die Führer aufzureizen. Ich nehme Führer und Geführte als eine *Gesamtheit*, eine *organische Einheit*, »einander wert« im guten wie im schlechten Sinne, und was die Arbeiterbewegung »macht«, sind nicht in erster Linie die *subjektiven Künste* — »Lügen-

künste« — der Führer, sondern *objektive Verhältnisse*. Daß nun die Arbeiter — die christlichen und nationalen Arbeiter übrigens annähernd ebenso — enorm hohe Parteisteuern zahlen, verdient *Bewunderung* gerade des Politikers im bürgerlichen Lager, der doch weiß, wie *kläglich* es hier mit der Entrichtung von Parteibeiträgen bestellt ist. Die Arbeiterklasse besitzt eben bei weitem *am meisten politische Leidenschaft*, und das kommt daher, weil sie *am aufsteigender*, in Bewegung befindlicher, auf »Eroberung« gerichteter Berufsstand ist, während die anderen Berufsstände — unter der bedauerlichen Vorherrschaft materieller Interessen — nur auf *Verteidigung* dessen bedacht sind, was sie *besitzen*. Sobald eine Gruppe darauf ausgeht, vorwärtsmarschierend bestimmte Ideale — und selbst, wenn es falsche Ideale sein sollten — zu verwirklichen, wird sie mit der Begeisterungsfähigkeit auch materiell opferfähig, was z. B. die Nationalsozialen in ihren Anfängen glänzend bewiesen haben.«

Damit gibt Herr Max Lorenz dem Verfasser des national-liberalen Handbuchs und dem freisinnigen Schreiber der Notiz in der »Freisinnigen Zeitung«, deren Ausführungen in der letzten Konsequenz darauf hinauslaufen, daß ein Arbeiter überhaupt kein Glas Bier trinken, keine Zigarre rauchen oder keine Erholung sich leisten darf, einen Denkkzettel, den sie sich jedenfalls nicht hinter den Spiegel stecken werden. Wir haben den Ausführungen dieses Gegners nichts mehr hinzuzufügen.

Zur Lage in Amerika.

I.

Der Ausgang des Kampfes.

In allen größeren Druckorten Deutschlands sind in den letzten Wochen Agenten aufgetaucht, die sich bemühen, Kollegen, speziell Lithographen, für Amerika anzuwerben. Von den verschiedensten Seiten gelangen nun Anfragen an uns, wie man sich diesen Agenten gegenüber zu verhalten habe, ob der Streik in Amerika beendet sei und man daher ein Engagement annehmen könne. Wir fühlen uns auf Grund dieser Anfragen verpflichtet, die Lage in Amerika etwas eingehender zu beleuchten.

Zunächst sei bemerkt, daß uns jede offizielle Nachricht der amerikanischen Organisationsleitung über den Ausgang der Bewegung bis jetzt noch fehlt. No. 26 des Korrespondenzblattes der Generalkommission bringt jedoch folgende Notiz:

»In den Graphischen Gewerben ist wieder ein Erfolg der Achtstunden-Bewegung zu verzeichnen. Der Streik der Lithographen wurde dadurch beendet, daß der Gehilfenverband durch Urabstimmung der Mitglieder einen Kompromißvorschlag der Unternehmer annahm, welchem zufolge sofort die 51 stündige Arbeitswoche eingeführt wird; in Zwischenräumen von je 6 Monaten erfolgt eine weitere Kürzung der Arbeitszeit um eine Stunde wöchentlich, bis am 1. Juli 1908 der Achtstundentag erreicht ist.«

Der »Deutsche Buch- und Steindruckere« äußert sich in seinem Augustheft in ähnlicher Weise, indem er folgendes schreibt:

»Der Kampf um den Achtstundentag im Nordamerikanischen Buchgewerbe wird sowohl von seiten der organisierten Prinzipale wie Gehilfen mit voller Energie weitergeführt. Der langwierige, viel Opfer heischende Streik der Lithographen ist allerdings beendet, denn ein Kompromißvorschlag der Prinzipale: »Die 51 stündige Arbeitswoche sofort einzuführen, in Zwischenräumen von je 6 Monaten dann eine allmähliche Kürzungszeit von einer Stunde wöchentlich eintreten zu lassen, bis am 1. Juli 1908 die achtstündige Arbeitszeit erreicht ist.« wurde von der Gehilfenorganisation durch Urabstimmung angenommen. In allen Ländern, auch in Deutschland wurden Chromo- und Gravurlithographen als Ersatzkräfte heranzuziehen versucht, was aber nicht gelang. Noch vor kurzer Zeit stellten amerikanische Prefbörge den Streik als vollständig aussichtslos für die Gehilfen dar, daß dann doch nicht so war, beweißt der Kompromißvorschlag, dessen Annahme nun hoffentlich dazu beiträgt, für die nächsten Jahre eine ruhige Entwicklung in der amerikanischen Lithographie zu sichern. Das internationale Zusammengehen aller Lithographen-Organisationen scheint hier von Erfolg gewesen zu sein. Der Streik hat fast 11 Monate gedauert und den amerikanischen Steindruckgewerbe großen Schaden zugefügt.«

Nach einer Notiz im deutschen Unternehmerorgan, die in der Beilage zu No. 34 der »Gr. Pr.« abgedruckt ist, scheint sich diese Errungenschaft allerdings nur auf die sogenannten »unabhängigen«, dem Unternehmerverband nicht angehörigen Anstalten zu beziehen, vorausgesetzt natürlich, daß diese Notiz den Tatsachen entspricht. Sie berichtet nämlich:

»In den Werkstätten der Mitglieder der »Lithographing Employers Association« (d. i. der Unternehmerverband) wird nach wie vor 9 Stunden unter dem System der »offenen Werkstatt« gearbeitet.«

